



Berleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Uebersicht der Nachrichten.

Das Dominium und die Landgemeinde. — Berliner Briefe. Erläuterungen zu dem Etat der Staats-Einnahmen und Ausgaben für 1844. — Aus Dresden. Aus Leipzig. Aus Nürnberg. Vom Main. Aus Schleswig-Holstein. — Aus Paris. — Aus Athen.

Das Dominium u. die Landgemeinde.

Polizeiverwaltung und Schussgeld.
Wir haben in No. 69. dies. Ztg. unter derselben Aufschrift einige Uebelstände besprochen, die in dem jetzt bestehenden Verhältnisse zwischen dem Dominium und der Landgemeinde Statt finden. Die Zustände auf dem platten Lande sind — ungeachtet sie zu den wichtigsten gehören und alle Beachtung verdienen — trotz der durch die neueste Censurinstruktion gegebene Erleichterung der Presse noch sehr wenig gewürdigt worden; sie verdienen aber um so mehr eine öffentliche Besprechung, je mehr sie noch jetzt im Argen liegen. Die Landgemeinden sind zwar frei geworden von den drückenden Fesseln der Leibeigenschaft; aber sie entbehren vor jetzt noch der Selbstständigkeit. „Es war die Absicht — sagt Dahlmann in seiner Politik Bd. I. S. 223. — der Städteordnung eine Organisation der Landgemeinden folgen zu lassen, wozu die notwendigen Vorstritte durch das Gesetz vom 9. Oct. 1807 geschehen waren, welches die unterthänigkeit verkündigte.“ Wer wollte leugnen, daß dadurch Großes geschehen ist und daß die Worte des weisen Gesetzgebers treffend waren: „in Meinem Staate wird es fortan nur freie Leute geben!“ Daß aber diese Freiheit nicht wieder verkümmert würde, dafür sollte eben die Organisation der Landgemeinden, eine auf denselben Grundsätzen, wie die Städteordnung, basirte Communalordnung sorgen. Diese wird den Schlüssel des Gebäudes bilden; und gern geben sich alle Betheiligten der Hoffnung hin, daß sie bald ins Leben treten wird. Der Presse aber kommt es zu, die auf Thatsachen beruhenden Uebelstände, wo sie sich in diesem Verhältnisse zeigen, öffentlich zur Sprache zu bringen und dadurch das Bedürfnis nach jener Organisation immer klarer darzulegen.

Die Rittergutsbesitzer sind im Besitze vieler Vorrechte gegen die Ortseinwohner; sie erhalten dieselben unmittelbar durch den Kauf des Gutes. Hat der Käufer die Befähigung, diese gekauften Rechte und Privilegien nach Vorschrift und im Sinne der bestehenden Gesetze gegen die Einsassen in Anwendung zu bringen, so läßt sich nichts dagegen einwenden. Wie aber im Gegentheil? Man bedenke, welche moralische Kraft, welche geistige und in der That keine Bildung dazu gehört, von seiner Macht keinen Mißbrauch zu machen — namentlich wenn dabei Gewinn in Aussicht steht — sondern sogar lieber noch ein Opfer zu bringen, um den gebeugten Einsassen ihre ärmliche Lage zu erleichtern.

Jedoch wer Vermögen hat — und in diesem Falle sind wohl die meisten Rittergutsbesitzer — kann sich diese notwendige Bildung erwerben; und der oben angebeutete Uebelstand würde zu ertragen sein, wenn nur die so gebildeten Rittergutsbesitzer ihre Rechte selbst in eigener Person ausübten. Manches Unrecht würde verhindert, manche Härte gemildert werden. Leider aber werden in vielen, ja in den meisten Fällen diese Rechte durch untergeordnete Beamte, Amtleute, Förster, Jäger u. s. w. verwaltet. Diese Leute betrachten sich in der Regel wie die Vickönige der gutherrlichen Scholle und leben nebenher oft darauf, als wäre diese ihr Paschalik. Die Rechte ihrer Machtgeber sind in ihren Augen nichts als Wirtschaftsgegenstände oder Nuzungsobjekte in das finanzielle Netz der Ortseinwohner; daher: „Ohne Wahl zuckt der Strahl“ — handhaben diese Bevollmächtigten die Gesetze ungefähr so, als solle Jupiter mit seinen Donnerblitzen nach Anleitung des Allgem. Landrechts oder der Verfügungen des Amtsblattes regieren. Man kann unmöglich von einem Wirtschaftsbeamten, Förster oder Jäger außer seiner Berufsbildung auch noch jene allgemeinere Bildung verlangen, die zur vorschrittmäßigen Verwaltung eines obrigkeitlichen Amtes erforderlich ist, eines Amtes, das Rechtskenntnisse

und daraus herfließende Geschäftsführung bedingt. Da geht nun freilich Manches — so zu sagen — drunter und drüber. Wir kennen Domänen, keine adligen, sondern bürgerliche, auf denen die gelinde Züchtigung mit dem Rantschuh eine nicht unbedeutende Rolle spielt; der Wirtschaftsbeamte verfügt sie, weil er nach seiner Meinung „mit dem Gesindel“ auf keine andere Weise fertig wird. In der Nähe eines derselben befindet sich ein hochadliger Gutsherr, der weder den Rantschuh noch eine andere entehrende Strafe anwenden läßt — und er hat fleißigere und bessere Arbeiter, als der erwähnte Wirtschaftsbeamte.

In Nr. 69. dies. Zeit. führten wir einige Beispiele an über die Ausübung der Polizeigewalt durch diese untergeordneten Beamten; fügen wir noch eins hinzu, das an und für sich geringfügig, aber hinsichtlich der Grundsätze, wie jene wichtige Gewalt oft ausgeübt wird, merkwürdig genug ist. Ein Schiedsmann läßt einen Beklagten zu sich entbieten und macht ihn mit dem Gegenstande der Klage bekannt. Dieser aber hält die Klage für zu geringfügig und bedauert, deshalb erst hergekommen zu sein. Der Schiedsmann, darüber beleidigt, verklagt ihn bei dem Amtmann, welcher sofort ohne weitere Untersuchung eine Geldbuße von 17½ Sgr. verfügt, nämlich 15 Sgr. an die Orts-Armekasse und 2½ Sgr. zum „Criminalfond“, binnen acht Tagen bei Vermeidung des Prozesses zu zahlen. Um der Herrschaft also einigen Ersatz für Criminalkosten zu schaffen, erhebt er ungesetzliche Sporteln! Derselbe Beamte wird zur Rede gestellt, warum er diesen und jenen Dieb nicht verhöret und zur Strafe gezogen habe. Seine Antwort lautete wörtlich: „Da hätte man viel zu thun, und am Ende kommt nichts heraus, als daß die Herrschaft wieder viel Geld bezahlt, wenn überhaupt die Sache erst vor die Justiz kommt. Der einzige Kerl der N. hat die Herrschaft schon über 56 Rthlr. an Criminalkosten und das Frauenzimmer die B. über 3 Rthlr. gekostet.“ Um also Kosten zu ersparen, läßt man die Diebe ungestraft. Wir machen — wie gesagt — auf diesen Grundsatz aufmerksam!! (Schluß folgt.)

Inland.

Berlin, 23. April. — Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht, dem Grafen v. Bresson, Pair von Frankreich, vormaligen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an Allerhöchsthem Hofe, den rothen Adlerorden erster Klasse zu verleihen; sowie den Kriminalrichter v. Loffow und den Kammergerichts-Assessor Kromayer zu Graudenz zu Land- und Stadtgerichtsräthen zu ernennen.

Der bisherige Kreisrichter Wiedemann zu Krojanke, ist zum Justiz-Commissarius bei den Untergerichten des Kreises Neustadt und zugleich zum Notarius im Departement des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt, bestellt worden.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der 7ten Division, v. Ditzfurth, ist von Magdeburg hier angekommen.

Se. Durchl. der General der Infanterie und General-Gouverneur von Neu-Vorpommern, Fürst zu Putbus, ist nach Putbus abgegangen.

*** Schreiben aus Berlin, 22. April. — Von dem veröffentlichten Finanzetat hat die 11te Rubrik der Ausgaben, welche die Uebertragung der Einnahme-Ausfälle betrifft, insbesondere des von der bevorstehenden Portoermäßigung zu erwartenden Ausfalles an den Postrevenueu u. s. w. besonderes Interesse im Publikum erregt, indem dadurch offiziell der wirkliche Eintritt der so lange schon gewünschten Veränderung ausgesprochen wird. Man sieht nun mit um so gespannterer Erwartung dem Augenblicke entgegen, wo jene neuen, für den öffentlichen Verkehr und namentlich für den Briefwechsel so wichtigen Bestimmungen ins Leben treten werden. Da mit Oesterreich, Rußland, Schweden und Dänemark bereits Post-Conventionen und resp. Schifffahrtsverträge zu gleichem Zwecke geschlossen worden sind, die zum Theil schon ihre Anwendung finden, so zweifelt man um so weniger, daß im Lande selbst die Sache bald zur Ausführung kommen wird. — In den letzten Tagen der vorigen Woche zeigte es sich sehr deutlich, daß die Warnung unseres Herrn Finanzmini-

sters in Beziehung auf die Geschäfte mit Zusicherungs-scheinen und Quittungsbogen ihren Eindruck nicht verfehlt hat. Sie waren so gut wie als Null zu betrachten und es scheint sich der Inhaber derselben ein Art von Schrecken bemächtigt zu haben, der sie für den Augenblick verhindert, einen Entschluß zu fassen. Selbst die Papiere von Unternehmungen, an deren Ausführung kein Zweifel mehr ist, erlitten einen Rückgang, während die der ältesten und renommirten Eisenbahnen wieder noch weiter in die Höhe getrieben wurden. Seit einiger Zeit aber herrscht eine gewisse Flaueheit in den Geschäften mit den Actien der Berlin-Potsdamer Eisenbahn. Man schreibt diesen Umstand der Ungewißheit zu, welche noch immer über die Fortsetzung dieser Eisenstraße nach Brandenburg, Genthin, Burg und Magdeburg schwebt. Am heutigen Morgen trug man einen Mann zu Grabe, der sich schon seit mehreren Jahren auf das Allerlebhafteste mit dem Projecte der wichtigen Verlängerung dieser Bahn beschäftigte, den Spezial-Director Baron v. Puttkammer, der seit dem Bestehen des Instituts mit anerkannter Thätigkeit sich den übertragenden Geschäften widmete. Derselbe stand früher als Offizier in der Garde-Artillerie. Schon während seiner Krankheit wurde ihm ein Stellvertreter, ebenfalls in der Person eines früheren Artillerie-Offiziers zugetheilt, und derselbe ist gestern in den Posten eines wirklichen Spezial-Directors der Bahn eingeführt worden. — Sämmtliche Ulanen-Regimenter der Armee sind nun auch bei der neuen Uniformirung theilhaftig worden; doch behalten sie ihre Collets und Szapka's nach wie vor, nur haben die ersteren breite Rabatten von der Farbe der Aufschläge erhalten und die letzteren sind mit einem vergoldeten schwebenden Adler geschmückt worden. — In diesem Augenblicke zieht wieder die Pracht der blühenden Gewächse und Blumen in den Treibhäusern des Gartenpalastes Bellevue im Thiergarten die Aufmerksamkeit der Fremden und Einheimischen auf sich. Wie bekannt ist dies herrliche Sommerschloß nun nach dem Tode des Prinzen August das Eigenthum Sr. Majestät des Königs. Nachdem bereits in neuester Zeit viele unserer öffentlichen Plätze Verschönerungen durch Anlagen von Gartenparthien und Rasenplätzen erhalten haben, kommt nun auch der Wilhelmplatz an die Reihe, der bis jetzt, von Sand bedeckt, nur zum Zureiten der Pferde benutzet wurde, während die Paläste, die ihn umgeben, und die Bildsäulen der Helden, mit denen er geschmückt ist, wahrlich die beabsichtigte Umgestaltung verdienen.

*** Schreiben aus Berlin, 22. April. — Die Bekannmachung wegen der im Monat August hier stattfindenden Gewerbeausstellung scheint fast schon vergessen zu sein; denn von keiner Seite her vernimmt man in den öffentlichen Blättern eine Stimme, die auf irgend eine Vorbereitung zur Beschickung der bevorstehenden Industrie-Ausstellung hindeutete; und doch sind es nicht mehr drei volle Monate, innerhalb deren die Einsendungen abgemacht sein sollen, nämlich bis zum 15. Juli, damit die Ausstellung am 15. Au. uft ihren Anfang nehmen könne. Es läßt sich zwar wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß preuß. Seits die Gelegenheit, von den Fortschritten unserer Industrie ein imposantes Bild zu geben, benützt werden wird; aber diese Ausstellung soll doch auch dazu dienen, die gemeinschaftlichen Bestrebungen der deutschen Industrie und der Interessen des Zollvereins zu repräsentiren. Um diesen Zweck zu erreichen, ist eine weit verbreitete Theilnahme nöthig, von der man wenigstens bis jetzt in den öffentlichen Blättern, die doch gewiß auf die etwaigen Vorbereitungen zu diesem Zwecke ihre Aufmerksamkeit richten würden, so gut wie nichts wahrnimmt. Sollte man zu der Annahme berechtigt sein, daß wirklich nichts oder nur Unbedeutendes an Vorbereitungen geschieht, um die hiesige Industrie-Ausstellung zu beschicken? Und wie wäre diese traurige Erscheinung zu erklären? Etwa durch die unglünstigen Bedingungen, welche den etwaigen Interessenten an einer solchen Ausstellung gesetzt worden sind, oder durch die unbequeme Lage des Ortes für den Transport aus fernen Gegenden, oder durch welche sonstige Rücksichten? Man erinnert sich wohl noch der ausgebreiteten Theilnahme, welche die Mainzer Industrie-Ausstellung im Jahre 1842 fand; sie hatte die zahl-

reichsten Zusendungen aus den fernsten Gegenden Deutschlands aufzuzeigen, und nur die eine Klage vernahm man, daß man wohl reichlichere Sendungen aus der preuß. Rheinprovinz erwartet und gewünscht hätte. Diese Ausstellung ging nur von einer Privatgesellschaft, dem dortigen Gewerbeverein aus; aber es waren allerdings den Einsendern von Industrie-Gegenständen höchst vortheilhafte Bedingungen für den Transport, die Aufstellung und andere Verhältnisse bewilligt, wie denn auch die mit jener Ausstellung verbundene Verloosung der Industrie-Gegenstände einen sehr erfreulichen und lohnenden Erfolg mit sich führte. Was damals dort erreicht wurde, das sollte man doch jetzt von einem Unternehmen zu erwarten berechtigt sein, das von einer die Industrie und den Handel mit besonderer Aufmerksamkeit umfassenden Regierung ins Leben gerufen ist. Es scheint doch unstreitig in der ursprünglichen Aufgabe der bevorstehenden Industrie-Ausstellung gelegen zu haben, daß sie nicht bloß eine preussische, sondern eine deutsche, wenigstens so weit die Zollvereins-Grenzen reichen, sein sollte. Eine solche Repräsentation allgemeiner deutscher Interessen wird aber täglich um so notwendiger, je weiter sich auf andern Gebieten die Idee der Einheit in problematische Verhältnisse zurückziehen Neigung zeigt. Wir erinnern nur an kürzlich gemeldete Thatsachen, z. B. an den Beschluß deutscher Land- und Forstwirthe nicht die diesjährige Versammlung in München besuchen zu wollen; oder an die Nachricht, daß in Kiel, einer zu den deutschen Bundesländern gehörigen Stadt die Kölnische Zeitung nicht durch die Post besorgt werden darf.

* In einem Aufsatze über Stadtverordneten-Wahlen in der Voss. Berl. Ztg. wird darüber Beschwerde geführt, daß diesen Wahlen so wenig Prüfung vorhergehe, und die Behauptung aufgestellt, daß der Mangel des erforderlichen Interesses an denselben in Berlin und andern großen Städten gewiß weniger von fehlendem Bürgerfinne, als von der Unbekanntheit der wahlfähigen Bürger mit einander herrühre. Um diesen Uebelstand weniger fühlbar zu machen, wird das Verfahren, welches die Behörde in Leipzig beobachtet, mit Recht zur Nachahmung empfohlen. Dort erhält nämlich jeder Bürger mit der Einladung zur Wahl ein gedrucktes Verzeichniß der in seinem Bezirke wählbaren Bürger und wird dadurch in den Stand gesetzt, vorher über die Wahl mit sich und andern zu Rathe zu gehen. Die geringen Kosten des Verfahrens können bei dem wesentlichen Nutzen, den es zu schaffen geeignet ist, nicht in Betracht kommen.

(Voss. Z.) Am 18. April beehrten Sr. Majestät der König und am 19ten S. M. die Königin, so wie S. E. H. die Prinzessin Louise die Hyacinthen-Ausstellungen in der Fruchtstraße mit Allerhöchstihrem Besuche und sprachen sich höchst wohlgefällig darüber aus. Ganz besonders zog die Pax purpurea (blauroth Gellert) im Garten des Herrn Huck, die Aufmerksamkeit Sr. Maj. auf sich und geruhten Allerhöchstieselben ein Bouquet derselben von dem Züchter eigenhändig huldvoll entgegen zu nehmen. „Morgen,“ äußerte Sr. Majestät „wird die Königin herkommen, der müssen Sie ein Bouquet von derselben Species geben.“ Am 20sten ward den Ausstellungen auch die Ehre des Besuchs S. E. H. der Prinzessin Wilhelm zu Theil.

(Magd. Ztg.) Die Errichtung eines eigenen Handels-Ministeriums soll aufgegeben sein und der dafür bestimmte Herr von Körne zeitweiliger Preuß. Gesandter bei den Nordamerik. Staaten, nur den Titel eines Prääsidenten der Handels-Kammern erhalten. Letztere werden nunmehr überall in's Leben treten.

(Westph. M.) In Folge der in jüngster Zeit beim hiesigen Stadtgericht besonders viel stattgefundenen Ehescheidungen hat genannte Behörde diejenigen Geistlichen, welche sich gerade unter den Klassen unserer Einwohner zu bewegen haben, wo Ehescheidungen am häufigsten vorkommen, zu einem Gutachten über einen zweckmäßigen Sühneversuch aufgefordert, der mit Zuziehung zweier Justizräthe auf dem Stadtgerichts-Gebäude ernst und feierlich künftig veranstaltet werden soll.

(Köln. Z.) Der Zeitungsstreit über die Gustav-Adolph-Stiftung hat nun für jetzt wenigstens aufgehört, was in der That auch sehr gut ist. Dagegen vernimmt man

noch eine eigenthümliche Parteidäuserung, welche sich hier in Sachen dieser Stiftung zugetragen. Unseren Stadtverordneten, also den gesetzlichen Vertretern der Bürgerschaft, war durch den Magistrat der Antrag gestellt worden, sich auf irgend eine Weise, wenn auch nur durch Abordnungen aus ihrer Mitte, zu dem Ausschusse des hiesigen Vereins und durch Annahme von Beiträgen bei dem Gustav-Adolph-Vereine zu beteiligen. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich bereits für Ablehnung ihrer Mitwirkung ausgesprochen, weil sie als Vertreter einer Bürgerschaft, unter der auch eine Anzahl Katholiken, sich nicht in solche, den Glauben berührende Angelegenheit mischen wolle, als plötzlich ein katholisches Mitglied, das hier durch seine Schaustellung royalistischer Ansichten bekannt ist, für die Sache des Don Carlos mehrere Lanzen gebrochen, auch sich bei den weiland Kölnischen Wirren für die Regierung erklärt hatte, die Stiftung auf das härteste angriff. Dies bewog denn die Versammlung, von ihrem ersten Beschlusse zurückzukommen und ihre Betheiligung, in den oben angeedeuteten Grenzen, eintreten zu lassen.

Stettin, 20. April. (Voss. Z.) Unsere Südfischerei gewinnt täglich mehr Theilnehmer und ist wohl kein Zweifel, daß im Laufe dieses oder des nächsten Jahres das zweite und dritte Schiff der Borussia folgen werden. In Hamburg bildet sich ein gleicher Verein und findet viel Anklang.

Erläuterungen zu dem allgemeinen Etat der Staats-Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1844.

(Fortsetzung.)

In der Ausgabe weist der diesjährige Haupt-Etat 1) für das Staatsschuldenwesen eine Summe von 7,253,920 nach, wovon

- a) zur Verzinsung der allgemeinen und provinziellen Staatsschulden und zu den Verwaltungskosten der Central-Behörde für das Staatsschuldenwesen 4,961,885
- und
- b) zur Schuldentilgung 2,251,115
- zusammen 7,213,000
- und
- c) zur Verzinsung und Tilgung später übernommener Provinzial-Schulden 40,920

bestimmt sind.

Die letztgedachte Ausgabe-Position hat sich gegen das Jahr 1841 nicht geändert. Wenn sie gleichwohl in dem publizirten Etat für 1841 mit 41,000 Rthlr. also um 80 Rthlr. höher erscheint, so ist dies lediglich der Abrundung wegen geschehen.

Dagegen hat sich der Ausgabe-Bedarf für die Verzinsung und Tilgung der früheren Staatsschuld und für die Verwaltung des Staatsschuldenwesens gegen das Jahr 1841, wo derselbe 8,533,000 Rthlr. betrug, um 1,320,000 Rthlr. vermindert, eine Ersparniß die theils in dem, mit dem Schlusse des Jahres 1842 eingetretenen, Ablauf der dritten Tilgungs-Periode für die Staatsschuld, theils in der, in demselben Jahre erfolgten Conversion der Staatsschuldscheine auf 3½ pCt. Zinsen ihre Erklärung findet.

Gegen das Jahr 1833, das erste der abgelassenen Tilgungsperiode, ist die Gesamtausgabe für die Staatsschulden-Verwaltung um 2,105,488 Rthl. 17 Sg. 9 Pf. zurückgegangen, wovon

in den Etats für 1843 1,291,380 : — : — : —
 und für 1844 26,000 : — : — : —
 die übrigen 788,108 : 17 : 9 : —
 aber schon in den früheren Jahren nach und nach abgesetzt worden sind.

2) Der zweite Ausgabe-Titel des Haupt-Finanz-Etats für das Jahr 1844 „an Pensionen, Kompetenzen und Leibrenten“

zerfällt, wie früher, in 2 Unter-Abtheilungen, deren erste die fortdauernden Pensions-Fonds für emeritirte Staatsdiener und deren Wittwen und Kinder, so wie einige, zu ähnlichen Zwecken bestimmte Unterstützungs-Fonds enthält, während in der zweiten die Pensionen der Mitglieder aufgehobener geistlicher Corporationen, die auf dem Reichs-Deputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 beruhenden Kompetenzen und andere, gleich diesen, künftig wegfallende Zahlungen ähnlicher Art zusammengefaßt sind.

Die erste Abtheilung mit 985,527 ist gegen die entsprechende Position des zuletzt publizirten Etats von 976,000

in Folge der Verstärkung eines Fonds zu Gnaden-Unterstützungen an Wittwen und Waisen, um 9,527 gestiegen.

Den Hauptbestandtheil dieser Abtheilung bildet der unter die verschiedenen Verwaltungen, nach Maßgabe ihres Bedarfs, vertheilte Pensions-Fonds für emeritirte Civil-Beamte im Betrage von 800,000 Rthlr., worunter die, nach dem Pensions-Reglement vom 30. April

1825 dahin überwiesenen, fortlaufenden und außerordentlichen Abzüge von den Beamten-Besoldungen begriffen sind. Die außerordentlichen Pensions-Abzüge — jährlich etwa 32,000 Rthlr. — erscheinen im Etat, wie oben erwähnt worden, unter den vermischten Einnahmen, während die fortlaufenden Pensions-Beiträge der Civil-Beamten von den Gehältern vorweg abgezogen und daher im Etat nicht besonders nachgewiesen werden. Im Ganzen betragen diese laufenden Pensions-Abzüge etwa 192,000 Rthlr. Die Erleichterung, welche der Staatskasse durch die reglementsmäßigen Besoldungs-Abzüge der einen und der anderen Art gewährt wird, ist demnach im Ganzen ungefähr auf 224,000 Rthlr. oder 28 pCt. des etatsmäßigen Pensions-Fonds anzuschlagen.

Der Ausgabe-Bedarf für die zweite Abtheilung des zweiten Ausgabe-Titels, der im Jahre 1841 1,308,000 Rthlr. betrug, hat sich in Folge eingetretener Heimfälle um beinahe 76,000 Rthlr. vermindert, und würde sich noch mehr vermindert haben, wenn nicht inzwischen dieser Abtheilung, großentheils auf Grund von Uebertreibungen aus andern Etatstiteln, verschiedene ansehnliche Mehr-Ausgaben hinzugezogen wären.

3) An dauernden Renten waren in dem Etat für 1841:

a. als Entschädigung für aufgehobene Rechte und Nutzungen	327,000
b. für eingezogene Kapitalien und Amts-Cautionen	684,000
zusammen	1,011,000

ausgeworfen. In dem diesjährigen Etat stellt sich die erste dieser beiden Ausgabe-Positionen auf 254,110 mithin gegen 1841 um 72,890 geringer, was hauptsächlich in der aus Einnahme-Ueberschüssen bewirkten Ablösung mehrerer Entschädigungs-Renten, zum Theil von bedeutendem Betrage, seinen Grund hat.

Die oben gedachte zweite Ausgabe-Position des Etats für 1841 von 684,000 Rthlr. umfaßt mehrere Ausgaben verschiedener, wenngleich verwandter Art, nämlich:

- a. die Zinsen der Amts-Cautionen,
- b. den Bedarf zur Verzinsung und Abbüderung eingezogener Stiftungs-Kapitalien und temporärer Vorschüsse anderer königl. Kassen und
- c. den der Civil-Wittwen-Kasse zu leistenden Zuschuß.

In dem neuen Etat ist jede dieser Ausgaben besonders ausgeworfen:

a. Zur Verzinsung der Amts-Cautionen waren im Jahre 1841	196,200
bestimmt. Jetzt sind dazu, in Folge der Vermehrung der baar eingezahlten Cautionen	211,845
mithin	15,645

mehr erforderlich. b. Der Fonds zur Verzinsung und Abbüderung eingezogener Stiftungs-Kapitalien und temporärer Vorschüsse anderer königl. Kassen betrug im Jahre 1841 255,400

Für das Jahr 1844 sind dazu, mit Einschluß von 171,000 Rthlr. zur Verzinsung der Wittwen-Kassen-Kapitalien 358,840

also 103,440 mehr ausgesetzt, welche hauptsächlich zur Abbüderung der erwähnten Vorschüsse verwendet werden sollen.

c. Der Zuschuß, den die Staatskasse auf Grund der im Jahre 1775 übernommenen Garantie an die Civil-Wittwen-Kasse zu leisten hat, ist eine Folge irriger Voraussetzungen, die sich in die dem Statute der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zum Grunde liegenden Berechnungen eingeschlichen und ein Mißverhältniß zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben dieser Anstalt veranlaßt haben, durch welches das Defizit derselben und der zu dessen Deckung bestimmte Zuschuß noch auf eine Reihe von Jahren sich erhöhen wird. Für das Jahr 1844 ist der Zuschuß auf 310,193 Rthlr. angenommen worden, während dazu im Jahre 1841 nur 213,474 Rthlr. nöthig waren.

4) Der Ausgabe-Bedarf der außer den Ministerien vorhandenen Central-Behörden, welcher in den bisher publizirten Haupt-Finanz-Etats nur summarisch angegeben war, ist im diesjährigen Etat vor der Linie für jede dieser Behörden besonders nachgewiesen. Die Gesamtsumme mit 330,518 ergibt gegen den in dem Etat von 1841 mit 306,000

ausgebrachten Bedarf eine Erhöhung von 24,518

worunter allein für die den Senioren des eisernen Kreuzes Allerhöchst bewilligten Zahlungen 7200 Rthlr. begriffen sind. Im Uebrigen ist jener Mehrbedarf hauptsächlich durch die Steigerung der Ausgaben für das im Laufe der letzten Jahre um einige Mitglieder vermehrte Staatsministerium und für das durch Anstellung von 4 Geh. Referendarien verstärkte Hüfspersonal des Staatsraths herbeigeführt worden.

5) Die für das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten etatsmäßig ausgesetzte Summe beträgt in diesem Jahre 3,119,940

mithin gegen den für 1841 ausgeworfenen Betrag von 3,029,000

*) Geschieht in Breslau ebenfalls.

mehr, was größtentheils von der Verstärkung der Zusehungen für Unterrichtszwecke, insbesondere für die Universitäten Halle, Breslau und Bonn, für die Akademie zu Münster und für verschiedene Gymnasien und Seminarien herrührt.

Im Ganzen sind von der Summe, welche dem gedachten Ministerium aus der Staatskasse gewährt wird, a. für den Kultus — einschließl. 712,215 Rthlr. für katholisch-geistliche Zwecke . . . 951,990 b. für den öffentlichen Unterricht . . . 1,217,048 c. zu gemeinschaftlichen Ausgaben für beide Verwaltungszweige, namentlich für die Consistorien und Provinzial-Schul-Collegien, für die geistlichen und Schularäte bei den Regierungen, zur Verbesserung der äußeren Lage des geistlichen und Lehrstandes und zur Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude landesherrlichen Patronats . . . 512,889 d. für die Medizinal-Verwaltung . . . 303,486 e. zu den Verwaltungskosten des Ministeriums selbst und zu dessen Disposition . . . 134,527

bestimmt. 6) Für das Ministerium des Innern und für die General-Commissionen erscheint im diesjährigen Etat ein Gesamt-Ausgabebedarf von . . . 2,752,656

Diese Summe zerfällt in folgende Hauptbestandtheile: a. zu den Kosten der Kreis- und Distrikts-Verwaltung . . . 755,610 b. zu den Kosten der Polizeiverwaltung in den Städten Königsberg, Danzig, Posen, Breslau, Berlin, Potsdam, Magdeburg, Köln und Aachen, für polizeiliche Aufsicht an den Landesgrenzen und für andere polizeiliche Zwecke, einschließl. der Censurverwaltung . . . 450,022 c. für Straf- und Besserungs-Anstalten . . . 496,827 d. für die Land-Gendarmerie . . . 631,611 e. für Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten . . . 151,648 f. für die Auseinandersetzungs-Behörden, das Landes-Oekonomie-Kollegium und andere landwirthschaftliche Zwecke . . . 150,195 g. der Rest mit . . . 116,743 h. zu den Verwaltungs-Kosten und für den Dispositions-Fonds des Ministeriums selbst bestimmt. Summa 2,752,656

Gegen das Jahr 1841, in welchem für das Ministerium des Innern nur . . . 2,569,000

ausgesetzt waren, ergibt sich im Ganzen eine Etats-Erhöhung von . . . 183,656 welche hauptsächlich in der zum Schutze der öffentlichen Sicherheit notwendigen Verstärkung der Land-Gendarmerie, mit welcher ein Mehraufwand von 53 bis 54,000 Rthlr. verbunden ist, und in dem um mehr als 76,000 Rthlr. gestiegenen Bedarf der Strafgefängnisse und Besserungsanstalten ihren Grund hat.

7) Beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten für welches der diesjährige Etat . . . 729,304 ausgef. während der entsprechende Etats-fas vom Jahre 1841 nur . . . 668,000

betrug, ist die Veranlassung der Ausgabe-Erhöhung von . . . 61,304 fast ausschließlich in einer Vermehrung der Fonds für das Gesandtschafts-Personal zu suchen, welche in Folge des gegen frühere Jahre lebhafter gewordenen Verkehrs mit dem Auslande und neu angeknüpfter diplomatischer Verbindungen nöthig wurde.

8) Für das Kriegsministerium sind in dem Etat des laufenden Jahres . . . 24,604,208 mithin gegen die entsprechende Etats-Position aus dem Jahre 1841 von . . . 23,721,000

883,208 mehr ausgeworfen, wovon jedoch nicht viel weniger als ein Drittel in dem auf Preußen repartirten und bis zum Jahre 1852 jährlich mit 278,573 Rthlr. zahlbaren Beiträge zum Bau der Bundesfestungen Utm und Kasstatt besteht. Im Uebrigen rührt jener Mehrbedarf der Hauptsache nach theils von der im Jahre 1842 Allerhöchst bewilligten Erhöhung der Lieutenants-Gehälter, theils von den durch die Einführung der Perkussions-Gewehre in der Armee vorübergehend verursachten außerordentlichen Kosten, theils von dem Umstande her, daß die Militär-Pensions- und Invaliden-Fonds und der Zuschuß zur Militär-Wittwen-Kasse im Ganzen um mehr, als 250,000 Rthlr. haben erhöht werden müssen.

9) Für das Justiz-Ministerium und das Ministerium der Geseß-Revision war in dem zuletzt publizierten Etat nur der außer den Gerichtsprotokollen erforderliche Zuschuß ausgeworfen worden. In dem diesjährigen Etat ist außerdem, vor der Linie, der Gesamtbedarf der Justizverwaltung . . . 5,983,193 und der Ertrag an Sporteln, Jurisdic-tions-Beiträgen und anderen Einnahmen dieser Verwaltung mit . . . 3,707,253

nachgewiesen und so der Zuschuß von . . . 2,277,938 näher justifizirt worden.

Im Jahre 1841 belief sich der etatsmäßige Justiz-Verwaltungs-Bedarf auf . . . 5,727,238 und der Ertrag an Sporteln u. auf . . . 3,508,452 der nöthige Zuschuß betrug also damals . . . 2,218,786 oder abgerundet . . . 2,219,000 Seitdem ist der Bedarf um . . . 257,955 die Einnahme an Sporteln u. um . . . 198,803 mithin der Zuschuß um . . . 59,152 oder, wenn man die Behufs der Abrundung früher hinzugesetzten . . . 214 abzieht, um . . . 58,938 gestiegen.

Diese Bedarf-Erhöhung ist eine nothwendige Folge der mit dem Anwachsen der Bevölkerung und der Zunahme des Verkehrs allmählig steigenden Vermehrung der gerichtlichen Geschäfte, welche im Laufe der drei letzten Jahre eine Verstärkung des Aufwandes für die königl. Untergerichte von mehr als . . . 189,000 und für die Obergerichte von ungefähr . . . 32,000 nöthig gemacht hat. Außerdem hat sich der Bedarf für die Kriminalkosten und den Unterhalt der Kriminal-Gefangenen um mehr als 26,000 Rthlr. gesteigert.

Endlich ist den Kosten der Justiz-Verwaltung eine Summe von 8,150 Rthlr. für das neu errichtete Ober-Censurgericht hinzugetreten. Diesen und anderen geringeren Ausgabe-Erhöingungen stehen auch einige, im Ganzen jedoch nicht bedeutende Ersparnisse gegenüber. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Dresden, 20. April. — Der Bau der Eisenbahn von Berlin nach Riesa ist nun beschloffen; die Unternehmer der Berlin-Anhalt-Leipziger Bahn haben deren Ausführung übernommen. Auf diese Nachricht hin sind die Aktien der Sächsisch-Bayerischen Bahn nun von 109½ auf 111½ gestiegen. Auch die projektierte Eisenbahn von Riesa nach Chemnitz wird schon in diesem Sommer in Angriff genommen werden.

Die Köln. Ztg. berichtet aus Leipzig unterm 10ten d. M.: Vor Kurzem hat sich ein — ich weiß nicht, soll ich sagen Offizier oder Schriftsteller, — der aus Schlesien hierher einwanderte, im Rosenthal, mittels eines Pistolenschusses, getödtet. D. v. B., wie er sich in Journalen und bei Uebersetzungen unterzeichnete, war preußischer Offizier und nahm seinen Abschied, weil er sich eine freiere Existenz durch die Feder zu begründen gedachte. Von Breslau wendete er sich nach Leipzig, wo er nach gerade wohl einsehen mußte, daß weder sein Talent ausreichend, noch seine Kenntniß fremder Sprachen bedeutend genug sei, um einen hinlänglichen Erwerb daraus zu ziehen. Er gerieth in die klägliche Dürftigkeit, ward durch einen ehemaligen Kameraden aus dem Cadettenhause und durch einige Schriftsteller, mit denen er in Verbindung stand, nach Kräften unterstützt, mußte aber endlich doch dem Mangel und den stets sich erneuernden Verlegenheiten zum Opfer fallen. Als die Geduld seiner Bekannten erschöpft und jede Erwartung auf bessere Lage fehlgeschlagen war, nahm er sich das Leben. Seine Familie ist unter dem schlesischen Adel wohl bekannt.

Die D. A. Z. theilt aus Leipzig vom 20sten Folgendes über die dasige Messe mit: In der eben beendigten Vorwoche unserer Messe sind die Einkäufe der deutschen Kundschaft zum größten Theil bewerkstelligt worden, allein sehr schwach ausgefallen, da letztere von den Mutterreisenden unaufhörlich bestürmt, wie immer so auch diesmal fast gesättigt zur Messe gekommen ist. Die Warschauer Einkäufer kaufen sehr wenig und klagen außerordentlich. Andere Einkäufer sind noch nicht eingetroffen. So weit als sich ein Urtheil fällen läßt, haben vollene Fabrikate die besten und seidene die schlechtesten Geschäfte gemacht. Es sind viele und bedeutende Tuch-Einkäufer hier, und Mehreres ist bereits gekauft, doch läßt sich über den Gang dieses Artikels noch gar nichts sagen. In den Preisen von 24—36 Gr. hat zum Theil 1 Gr. mehr für die Elle erlangt werden können, in den geringern Sorten aber nur die alten Preise. In Leder war es in den ersten Tagen sehr still, wogegen sich aber am Freitag ein solches Leben einstellte, daß der große Vorrath sehr aufgeräumt wurde. Rindsleder erhielt 3, und Kalb- und Schaffelle, welche beide besonders gesucht waren, 5—6 Procent mehr.

Nürnberg, 17. April. (M. Z.) Die durch das Verbot des Gustav-Adolph-Vereins unter den Protestanten des Königreichs hervorgerufene Aufregung dauert noch immer ungeschwächt fort. Alle früheren wahren oder vermeintlichen Beschwerden werden jetzt wieder aufgefrischt, um zu beweisen, daß die Protestanten in ihrem Rechte gekränkt seien. Die weiteren Erörterungen darüber werden in der nächsten Ständeverammlung sicherlich ebenfalls nicht ausbleiben, besonders, wenn es den Protestanten gelingt, wieder so hervorragende Redner in die Kammer zu bringen, wie bei der letzten Session. Von mehreren Seiten sollen Bittschriften an die Regierung gerichtet werden, um die Aufhebung des Verbots zu bewirken.

(Bad. Bl.) In der (bereits in Nr. 95. erwähnten) Sitzung der badischen zweiten Kammer am 15. April erstattete der Abg. Waber Bericht über das Rescript des

großherzogl. Staatsministeriums, die Anfrage Knapp's wegen der Verhältnisse des Königs von Hannover betreffend. Der Vortrag erörtert zwei Fragen: 1) inwieweit die Kammern befugt seien, die Verhältnisse auswärtiger, namentlich deutscher Staaten zum Gegenstand ihrer Berathung zu machen. Der Berichterstatter bezieht auf frühere Vorgänge in der Kammer und in andern Staaten und führt aus, wie unzertrennlich die Verhältnisse der einzelnen deutschen Staaten von dem Gesamtwohle Deutschlands seien, und in welcher Beziehung ihre Zustände zu dem Wohl oder Wehe von Baden stehen. Der Antrag geht dahin, eine Beschränkung der Freiheit der Berathung solcher Gegenstände nicht zuzugeben; er erwähnt, die Kammer werde selbst darauf Bedacht nehmen, daß das allerdings erwünschte gute Vernehmen mit andern Staaten nicht gestört werde. 2) Die zweite Frage ist: inwieweit der Regierung das Recht zustehe, den Druck der Verhandlungen der Kammer zu verhindern. Es wird ausgeführt, die Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen begreife nothwendig auch die Veröffentlichung durch den Druck in sich. Die Kammer habe das Recht, zu erkennen, was in ihre Protokolle aufgenommen werden soll, und den Druck der Protokolle anzuordnen, nach §. 79 der Verfassungsurkunde und §. 74 der Geschäftsordnung. Es wird ausgeführt, die Bundesbeschlüsse von 1832 ständen nicht im Wege, indem sie nur verlangten, daß die Censur der Kammerverhandlungen nach Vorschrift der Landesgesetze gehandhabt werde. Der Antrag geht auf eine Antwort an das großherzogl. Staatsministerium in diesem Sinne. Der Bericht soll gedruckt und auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

Vom Main, 17. April. (A. Z.) Der Prinz v. Wassa hat während seiner Anwesenheit in Darmstadt von dort aus an die Höfe der Großmächte die Erklärung erlassen, daß er bei Gelegenheit des jetzigen Regentenwechsels in Schweden sich zwar jeder anderweitigen Demonstration enthalte, jedoch keineswegs für sich oder seine Familie auf die ihnen zustehenden Rechte auf den schwedischen Thron verzichte.

Wiesbaden, 18. April. (Magd. Z.) Wie man aus sicherer Quelle vernimmt, hat die Regierung nun auch die Concession zum Baue einer Eisenbahn vom Bader Soden nach Höchst (der Lannus-Eisenbahn) ertheilt und der Bau soll noch in diesem Sommer beginnen.

Aus Schleswig-Holstein, 16. April. (D.-P.-A.-Z.) Es war sichern Vernehmen nach am Kopenhagener Hofe der Wunsch rege, die russische Kaiserfamilie zu einem Besuche feierlich einzuladen und dazu auch die glänzendsten Anstalten zu treffen, zu welchem Zweck von dem Finanzminister ½ Million Rthl. verlangt wurden. Auf die von dem Finanzminister vorgestellten finanziellen Bedenken hin ist auf die großartigen Empfangsfeierlichkeiten verzichtet worden, und der Besuch wird nun einfach und ohne das beabsichtigte Gepränge stattfinden. Als Seitenstück zu dem Manöver des 10ten deutschen Bundescorps auf der Lüneburger Heide soll im bevorstehenden Sommer ein Manöver der dänischen Armee auf Seeland stattfinden, wozu auch die deutschen Truppen der Herzogthümer, die bei Lüneburg waren, hinzugezogen werden sollen, was hier eben nicht sehr großen Beifall finden will; darauf besonders soll sich eine an den Commandanten der Festung Rendsburg gerichtete Anfrage über den Geist der hiesigen Militärs bezogen haben.

Russisches Reich.

St. Petersburg, 13. April. (Wost. Z.) Die hier accreditirten ausländischen Missionen haben bisher mit manchen Schwierigkeiten bei Abnahme der Nationalpässe von den nach Rußland herübergekommenen Fremden, wie dies die darauf bezüglichen Gesetze erheischen, zu kämpfen gehabt. Ein höchster Ukas vom 29sten d. vergangen Februars hebt nun diese Obliegenheit, als für die gegenwärtigen Verhältnisse unnöthig, auf und ordnet dagegen nachstehende Bestimmungen an: 1) Es sollen künftig, wie es bisher gehalten, von den nach Rußland kommenden Ausländern nur diejenigen Pässe abgenommen und der 3ten Section der eigenen Kanzlei des Kaisers zugestellt werden, die ihnen von unsern auswärtigen Missionen und Consulaten gegeben worden. 2) Die Pässe ihrer Regierungen wie ihre Wanderbücher, von unsern Missionen und Consulaten visirt, sollen ihnen nicht mehr abgenommen werden. Bei ihrer Ankunft in der ersten russischen Gouvernementsstadt haben sie zur Weiterreise bis zum beabsichtigten Niederlassungsort von unsern Regierungen-Autoritäten Aufenthaltsscheine zu empfangen; dabei sind die Civil-Gouverneure verpflichtet, auf ihren mitgebrachten Pässen und Wanderbüchern zu bemerken: in Rußland ungültig, nach Grundlage derselben ist aber ihren Inhabern ein besonderer russischer Aufenthaltsschein zugestellt worden. Dieser Bemerkung ist das Gerichtssiegel beizufügen. 3) Derselbe Vor-schrift ist auch auf die Ausländer auszudehnen, die mit vorgedachten Nationalpässen und Wanderbüchern übers Meer in den verschiedenen russischen Seehäfen ankommen, hier obliegt diese Verpflichtung den Hafen-Commandeurs. 4) Die bisher erlassenen Vorschriften für Reisen der Ausländer aus einem russischen Gouvernement ins Ausland, für die aus Tauroggen in Postkutschen und Bricks bese, für die aus Tauroggen in Postkutschen und Bricks gradestwegs nach Petersburg, wie für die auf Dampf-

schiffen nach Kronstadt kommenden, bleiben unverändert in ihrer frühern Geltung. Für Fremde, die mit Postwägen und auf Dampfschiffen ankommen, sollen auf ihren mitgebrachten Pässen die vorgezeichneten Bemerkungen von der Behörde vollzogen werden, die sie mit Aufenthaltscheinen in der Residenz oder zur Fortsetzung ihrer Reise zu versehen hat. 5) Gleichfalls bleibt in der frühern Geltung das Abnehmen der Pässe von den ankommenden ausländischen Courieren auf den Grenzzollämtern, um sie der 3. Abtheilung der eigenen kais. Kanzlei und von dieser dem Ministerium des Auswärtigen zuzustellen.

Frankreich.

Paris, 17. April. — In der Pairskammer trat gestern, wie gestern kurz erwähnt worden, Hr. v. Montalembert in einer wohlgeschriebenen Rede, gleichsam in einem Manifeste, die Beschwerden und Intentionen der neo-katholischen Partei vor. Die Beschwerden und Intentionen, deren er erwähnte, sind die allbekanntesten. Der Clerus hat, dies scheint seine eigene Ansicht und die des Hrn. v. Montalembert zu sein, das Recht, gegen Handlungen der Staatsgewalt, die ihm nicht gefallen, zu protestiren und aufzutreten; er darf dafür aber keineswegs angegriffen werden. Der ehrenwerthe Pair überließ sich langen Betrachtungen über die Rechte der Kirche und über Das, was dem Clerus und der weltlichen Regierung gebühre. Er ging in diesem Betreffe in Details, vom Episcopat des heil. Basilus im 14ten Jahrhundert bis zur gegenwärtigen Zeit, ein, um nachzuweisen, daß der Kirche die Regierung der Seelen gebühre (qu' à l'église appartient le gouvernement des âmes), und daß die Kirche in diesem Punkte niemals gesonnen gewesen sei, Concessionen zu machen; dies sei auch das Recht, welches jetzt die Bischöfe von Frankreich in Anspruch nehmen. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Hr. Villemain, wehrte kräftig die Lehren des Manifestes des Hrn. v. Montalembert ab, auf welche die öffentliche Meinung und das Ersauern Frankreichs die eindringlichste Antwort geben werde; Niemand dürfe sich selbst unter dem Titel eines Botschafters Gottes, über die Institutionen und Gesetze erheben, welche die Menschen unter dem Schutze der Vorsehung Gottes gemacht; von einem Zwange, der in Frankreich gegen die Gewissensfreiheit geübt werde, könne jetzt doch wahrlich nicht die Rede sein; die Regierung erkenne die Nothwendigkeit einer hochgeachteten Religion in Frankreich an; deshalb habe sie derselben eine geachtete Stellung geben wollen, niemals aber daran gedacht, aus derselben ein politisches Werkzeug zu machen; und es sei jetzt zu befürchten, daß Unvorsichtige durch ungerechte Unschuldigungen und Beschwerdeführungen die Stärke dieser Kirche wieder schwächen und deren Mission vereiteln.

In der heutigen Sitzung der Pairskammer begann der Justizminister Martin mit einer Rede gegen den Grafen v. Montalembert und meinte, daß der Redner gestern alle Verhältnisse entstellt habe. Die Bischöfe hätten gewiß eine heilige Sendung, aber sie seien doch dem Gesetz unterthan. Der König ernenne sie, der Papst bestätige sie, und so sei sogar ihr Ursprung halb geistlich, halb weltlich. Zuletzt leisteten sie auch den Eid in die Hände des Königs, um zu geloben, daß sie ihm und dem Lande treu sein wollten. Der Graf v. Montalembert entgegnete dem Minister, daß er bei seinen gestrigen Erklärungen bleiben müsse. Auch dem Hrn. Rossi, welcher sich gegen Hrn. v. Montalembert erhob, wußte dieser mit Geschick zu entgegnen. Als die Post abging, las der Graf Dubouchage eine lange Rede vor. — Die Kammer genehmigte am Schluß ihrer Sitzung den Gesetzentwurf über die geheimen Fonds mit 129 Stimmen gegen 18.

Nach der Gazette des Tribunaux dauert dennoch die Untersuchung wegen des abscheulichen Tour de Nesle-Bundes in der Straße Pot du Fer St. Marcel fort, und es sind erst vorgestern 4 neue Angeschuldigte, 4 Handwerker, verhaftet worden, so daß jetzt in dieser Sache 28 Personen in den Händen der Gerechtigkeit sind.

Der Globe schreibt: Drei Vierteltheile von Paris sind durch eine von den Oppositions-Journalen erfundene Mystifikation bezüglich des Herrn Reine, des Adjutanten des Hrn. Dupetit-Thouars, irre geleitet worden. Hr. Reine hat ein Privat-Logis bezogen und wird nicht „unter Schloß und Riegel gehalten“, wie jene Blätter angeben. Mit Ausnahme einiger Stunden, während welcher er von den ministeriellen Audienzen in Anspruch genommen ist, ist er stets in der Mitte seiner Freunde und Bekannten.

Das Journal du Havre berichtet, die Unruhen auf Hayti hätten, Nachrichten vom 14ten v. M. zufolge, einen noch ernstern Charakter angenommen. Die ganze Armee und National-Garde sei im Begriff, gegen die Insurgenten zu marschiren. Die Regierung scheine noch immer das Vertrauen zu hegen, daß ihr die Unterdrückung der Revolte gelingen werde.

Abdel-Kader soll mit 1000 Mann zu Pferde (statt der 150, die ihm das letzte Bulletin nur gelassen hat) einen neuen Einfall in das Gebiet von Dean gemacht, und den Stämmen, welche sich den Franzosen unterworfen haben, 900 Mann getödtet haben. (Die Nachricht bedarf, da sie durch die Gazette de France mitgetheilt wird, sehr der Bestätigung.)

(Spen. 3.) Die Opposition verbreitet das Gerücht, daß der Prinz von Joinville sich in der Angelegenheit Orhayti's offen gegen die ministerielle Politik ausgesprochen, und von seinem Vater den Befehl erhalten habe, Paris auf 14 Tage zu verlassen; — bekanntlich ist der Prinz plötzlich nach Brest gegangen, — dessenungeachtet aber scheint die obige Angabe unwahrscheinlich.

(L. 3.) Die Aufregung wegen der otahaitischen Angelegenheit hat sich noch immer nicht gelegt. Die Deputirten der Opposition (Linke und linkes Centrum) haben sich bei D. Barrot versammelt, und beschlossen, 1) von dem Cabinet die Vorlage aller Berichte aller jener Officiere zu verlangen, die auf den oceanischen Inseln einen Oberbefehl geführt haben; 2) Falls das Cabinet selbe verweigern sollte, in Masse dagegen zu protestiren, und 3) die Frage auf das erschöpfendste zu discutiren, und dahin zu trachten, ein tadelndes Votum gegen das Ministerium durchgehen zu machen. Die Versammlung der legitimistischen Deputirten bei Berryer hat dieselben Beschlüsse gefaßt. Die Redner, die in der ersten Versammlung sprechen werden, sind Ducos, Thiers, Villaut, Ledru-Rollin, Barrot und Berryer.

Spanien.

Madrid, 11. April. — Es ist die Rede von der Abfassung einer ehrfurchtsvollen Petition an Ihre Maj., um sie über die Gefahren einer längeren Dauer der gegenwärtigen Lage der Dinge aufmerksam zu machen.

Madrid, 12. April. — So wie die Pressefreiheit oder vielmehr die Pressepolizei durch Ordnung regulirt worden ist, so soll es auch geschehen mit den neuen Gesetzen über die Wahlen, die Nationalgarde und die Provinzialdeputationen; erst nach Promulgation dieser verschiedenen Ordnungen soll der Belagerungsstand aufgehoben werden. Man wird die Cortes auflösen und eine neue Legislatur nach dem neuen Wahlgesetz zusammenkommen lassen. Die Regierung thut nichts ohne den Grafen Besson um Rath zu fragen.

Großbritannien.

London, 15. April. — Der Standard versichert, daß eine griechische Anleihe von drei Millionen Drachmen auf den Namen eines großen Continentalwechsellhauses auf dem Tapet sei.

Der letzte der Stuarts, bekannt unter dem Namen von Semmi Strength, ist am 11ten d. im 116 Jahre seines Alters gestorben.

Niederlande.

Das öffentliche Ministerium hat gegen das zu Maastricht erscheinende Journal du Limbourg, welches beständig auf eine Trennung des Herzogthums Limburg von Holland hinarbeitet, einen Proceß eingeleitet. Die Instruction hat am 13ten d. begonnen und wird mit Thätigkeit fortgesetzt. Unsere Gegner, sagt diese Zeitung, haben in unserm Blatte 28 Vergehen, oder 28 Mal das nämliche Vergehen oder ein Vergehen gesehen, welches erst nach dem Lesen von 28 ausgewählten Nummern sichtbar wird.

Schweiz.

Zürich, 16. April. — Der Lauf aus dem Einband eines Gesangbuches, der Griff aus einem Pantoffel und das Schloß aus einem metallnen Knopf hat dem Kommunisten Schneider Weitling dazu gedient, ein Instrument zu verfertigen, das in der Dämmerung ganz einer Pistole ähnlich sieht. Da Weitling bereits früher den Versuch gemacht hat, aus seinem Gesangslied zu entweichen, so vermuthet man, er habe einen günstigen Augenblick abwarten wollen, um unter dem Eindrucke des Schreckens zu entweichen, den er mit diesem „unschuldigen Spielzeug“, wie er es bei der Entdeckung nannte, seinem Wächter beibringen zu können hoffte.

Italien.

Die Gazette di Firenze vom 10. April schreibt: Wir beilen uns zur freudigen Kenntniß des Publicums zu bringen, daß zwischen Ihrer k. k. Hoheit der durchlauchtigsten Erzherzogin Auguste, Tochter unsers hochverehrten Souverains, und Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Luitpold, Sohn Sr. Majestät des Königs von Baiern, die Vermählung verabredet ist, und in dieser Hauptstadt nächstens vollzogen werden wird.

Die Wiener Ztg. theilt folgende charakteristische Audienz-Anzeige mit: „Neapel, 6. April. Nachdem der Prinz von Canino, Carl Bonaparte, welcher am Ende des vorigen Monats in dieser Hauptstadt eintraf, sich um die Ehre beworben hatte, Sr. Majestät dem Könige vorgestellt zu werden, so hat Se. Eminenz der apostolische Nuntius denselben zu unserm erlauchtem Souverain begleitet, von welchem der Prinz mit der Güte und dem Wohlwollen aufgenommen wurde, welche Höchstersehe Jedermann, insbesondere aber den Pflegern der Künste und Wissenschaften, in so reichem Maße bezeigt.“

Griechenland.

Athen, 5. April. (D. A. 3.) Den neuesten Nachrichten aus London zufolge soll, wie die Zeitschrift „Aeon“ unterm 27. März mit auffallender Bestimmtheit berichtet, der König von Baiern im Namen seiner Söhne, der Prinzen Luitpold und Adalbert, welche nach dem Vertrage vom 7. Mai 1832 hinsichtlich der Thronfolge Ansprüche auf den hellenischen Thron besitzen, ge-

gen den 40. Artikel der neuen Constitution von Griechenland, wonach das in eine Nationalversammlung zusammengetretene hellenische Volk verlangt, daß jeder Nachfolger des Königs Otto zur griechisch-katholischen Religion sich bekennen müsse, protestirt, und zur Annulirung dieses den Bestimmungen genannten Vertrages angeblich widersprechenden Artikel die Mitwirkung der verbündeten Mächte England, Frankreichs und Russlands verlangt haben. Die französische Regierung übernahm — wie jene Zeitschrift weiter behauptet — da es sich um eine der römisch-katholischen Kirche angehörige Sache handelte, zu welcher die nach obigem Vertrage präsumtiven Thronfolger des hellenischen Thrones sich bekennen, vor Allem die Unterstützung der Protestation des Königs Ludwig von Baiern und erließ deshalb die nöthigen Befehle an den französischen Gesandten in London. In der über diesen Gegenstand in London stattgefundenen Conferenz der Repräsentanten der drei verbündeten Mächte sei der Antrag des bairischen Königshauses von dem Grafen St. Aulaire nachdrücklich unterstützt worden, weil er gerecht und mit dem Vertrage von 1832 als übereinstimmend zu erachten sei. Der englische Premierminister Lord Aberdeen habe einen Mittelweg eingeschlagen und darauf angetragen, daß die Anwendbarkeit des 40. Artikels der hellenischen Constitution nur für die Söhne des Prinzen Luitpold und Adalbert stattfinden solle. Der Repräsentant Russlands endlich, Baron Brunnow, habe an diesen Verhandlungen gar keinen officiellen Antheil genommen, vorschlagend, daß er über den fraglichen Gegenstand mit keinen Instructionen von seinem Kaiser versehen sei, jedoch nachstehende Meinung abgegeben: 1) Rußland habe zur Wahl des Prinzen Otto als König von Griechenland nur auf die Versicherung (?) dessen Vaters, des Königs Ludwig von Baiern, hin, daß der Prinz Otto bei seiner Thronbesteigung zur griechisch-katholischen Kirche übertreten werde, seine Zustimmung gegeben, sehe sich aber, weil dieses Versprechen (?) nicht erfüllt worden, getäuscht; 2) da nach dem wörtlichen Ausspruche der englischen Gesetze der König zu demselben Glauben als sein Volk sich bekennen müsse, und alle (?) Staaten Europas diesem Principe huldigend keinen einer andern Religion angehörenden Monarchen als ihren Landesfürsten annehmen würden, so sei es unfaßlich, dem Willen des hellenischen Volkes, welches, daß jeder Thronfolger zur Landesreligion sich bekennen müsse, ausgesprochen habe, Gewalt anzuthun; im Gegentheil gebühre den Hellenen Lob, welche, ohne dem fremden Dogma ihres Königs zu nahe zu treten, mit vieler Mäßigung ihre Verfassung entworfen hätten; 3) wenn auch von den Gesinnungen des Kaisers Nikolaus überzeugt, so habe er doch dessen Befehle einzuholen, vor deren Eintreffen keinem Antrage des Königs von Baiern von Seiten der verbündeten Conferenz Folge gegeben werden könne.

Paris. Hierher gelangte Privatbriefe aus Athen, wo König Otto bekanntlich am 30. März die neue Constitution öffentlich beschworen hat, schildern die Vorgänge der letzten Tage mit wenig günstigen Farben. Es habe nicht viel gefehlt, heißt es in einem solchen, daß es der nappitischen Parthei gelungen sei, einen 15. Septbr. zu erneuern. Auf nichts Geringeres sei es abgesehen gewesen, als König Otto zur Abdikation und Einseßung zu bewegen.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 27. März. — Man will wissen, daß die Pforte ein Aufgebot nach Bulgarien zum Marsch gegen Albanien wolle ergehen lassen, und deshalb Zufuhr sein-Pascha, welcher dort vielen Anhang hat, zum Chef der Armee gewählt habe. Die neuesten Berichte aus Albanien machen schreckliche Schilderungen von den von Albanesen in Mamanova und Uskup verübten Schandthaten, welche hauptsächlich Christen betroffen. Weiber und Knaben wurden auf die brutalste Art öffentlich geschändet, Kinder und Greise verstümmelt, Männer lebendig aufgespießt und gebraten etc.

In Betreff des gestern erwähnten kleinen Weibers aufrehrs in Konstantinopel bemerkt ein Correspondent der A. Z., daß, die zurückgeliebenen Weiber der zum Militär Ausgehobenen und bald Weggeschafften am folgenden Tage, als Riza Pascha aus dem Seraskerpalaste nach Hause ritt, ihn zweimal überfielen. Sein Verhältnis als Günstling des Großherrn und die Verhältnisse in denen er zu der Sultantin Valide stehen soll, ihm vorwerfend, drangen sie durch die ihn begleitende Wache und zerissen ihm die Kleider. Er versprach die Rückbringung der Männer und schaffte sich so die unmultuirende Menge vom Leibe. Ein gleiches soll auch Mehemed Ali Pascha begegnet sein.

Miscellen.

Darmstadt. Den Schulbehörden des Großherzogthums ist lezhin das von dem k. bayrischen Hofrath und Liceal-Direktor Dr. Hoffmann zu Aschaffenburg herausgegebene Schriftchen: „Vorschriften zur Erhaltung der Sehkraft in Bezug auf Lehrer und Schüler in öffentlichen Anstalten“, von dem großh. Oberschulrathe zur Beachtung dringend empfohlen worden. Dasselbe kostet

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

von dem Verfasser bezogen, nur drei Kreuzer. Können nur auch der Jugend für die vielen schlechtgedruckten Schulbücher bessere, mit größerer und leſbarer Schrift, und zwar ohne Druckfehler, der Erlaubniſſe der deutſchen Bücher, in die Hand gegeben werden. Dieſe Auſſicht über die Preſſe wäre, unſeres Erachtens noch die vernünftigſte, die man einführen könnte. Paris. Ueber's „Syrène.“ Am 27. März

ging des alten, 67jährigen Ueber's neueſte Oper: La Syrene in der Opéra comique in die Scene und errang einen entſchiedenen Erfolg. — Das Genie wird nicht alt: — welche Friſche, Jugendkraft und zielliche, elegante Instrumentirung, welcher Reichthum an Melodieen.

In Paris giebt es, wie die „Brem. Ztg.“ ſchreibt, vier geheime Polizeiſen: 1) die Polizei der Präfector, 2) die Polizei im Miniſterium des Innern, 3) die Po-

licei des Hrn. v. Montalivet, als des perſönlichſten Dr- ganes des Königs, und 4) die Polizei des Kriegsmini- ſters. Alle dieſe Polizeiſen verfahren ganz planlos, ohne alles System, nehmen von den verſchiedenſten Seiten Berichte an und ſchieben von Zeit zu Zeit obſkure Leute ins Ausland, die ihnen auf das Gerathewohl ſchreiben und verabſchiedet werden, ſobald ſie auf einer abſichtli- chen Lüge ertappt werden. Deſhalb war die franzöſiſche Polizei von je her ſo abentheuerlich unterrichtet.

Schlesiſcher Nouvelles-Courier.

Schlesiſche Communalangelegenheiten.

Breslau, 24. April. — Der heutigen Stadt- verordneten-Verſammlung wurde Seitens des Magiſtrats angezeigt, daß dieſer den Prof. Dr. Haase zum Rector des Eliſabeth-Gymnaſiums an die Stelle des emeritir- ten Rectors Reichle gewählt habe. Die mit dieſer Stelle verknüpften Einkünfte beſtehen in 1200 Thalern Gehalt bei freier Amtswohnung.

In derſelben Verſammlung wurde ferner die Aller- höchſte Kabinettsordre an den Staats- und Juſtizminiſter Mühler in Betreff des zu erbauenden Stadtgerichts und einer Brücke über den Stadtgraben zur Verbin- dung der Graupengasse mit dem jenseitigen Ufer (vgl. Nr. 93) vorgelesen. Dieſes wichtige Actenſtück lautet wie folgt:

„Indem ich Ihnen die Anlagen Ihres Berichtes vom 20. v. M. zurücksende, erkläre ich mich zwar damit einverstanden, daß das Grundſtück zwiſchen der Ka- vallerie-Kaserne und dem Selenkeſchen Institute in Breslau als Bauplatz für das Inquiſitoriat beibehalten werden muß, zweifle aber nicht daran, daß auf dieſem Grundſtück durch die aus den beiden anliegenden Zeich- nungen des Geheimen Ober-Bauraths Buſſe erſichtliche Abänderung des für das Inquiſitoriat entworfenen Bau- plans auch der nöthige Raum für das zu erbauende Stadtgericht wird genommen werden können. Das von Ihnen angeregte Bedenken der großen Entfernung vom Mittelpunkte der Stadt kann ich nicht als begründet anerkennen, weil dieſer Platz, wie aus den wiederholt ausgeſprochenen Wünſchen der ſtädtiſchen Behörden her- vorgeht, in der That keine unbequeme oder unvortheil- hafte Lage hat, und namentlich nach der vom Ober- Bürgermeiſter Pinder in Ausſicht geſtellten Umwandlung der dicht dabei befindlichen Fährle in eine ſtehende Brücke für den größten Theil der Bewohner der Stadt Bres- lau jedenfalls nicht unzugänglich iſt, als das von Ihnen für ganz paſſend erachtete Grundſtück des gol- denen Löwen. Inſofern daher der nach den anliegen- den Zeichnungen dazu beſtimmte Platz den nöthigen Raum für das Stadtgerichtsgebäude darbietet und der Abänderung des für das Inquiſitoriatgebäude feſtgeſtell- ten Bauplans nicht erhebliche Bedenken entgegenſtehen, was an Ort und Stelle zu prüfen und mir demnächst anzuzeigen iſt, will Ich das von dem Hrn. Buſſe ent- worfene Project zur Ausführung gebracht ſehen und Sie beauftragen, demgemäß den Bauplan und Anſchlag des Stadtgerichtsgebäudes auszuarbeiten und den des Inqui- ſitoriatgebäudes, ſoweit es nöthig iſt, modificiren zu laſſen. — Sollte dennoch dieſer Plan ſich nicht als aus- führbar ergeben, ſo muß es dabei bewenden, daß das Stadtgerichtsgebäude erſt nach dem Abbruche des jetz- igen Inquiſitoriatgebäudes auf der dadurch zu gewin- nenden Baustelle errichtet wird, da ich von den ander- weitig gemachten Vorſchlägen wegen ihrer Koſtspieligkeit oder anderer Bedenken keinen für annehmbar halte. — Von der Baufähigkeit des vorhandenen Inquiſito- riatgebäudes durch die wiederholten Berichte überzeugt, will ich geſtatten, daß mit dem Bau des neuen Inqui- ſitoriat, daſſelbe mag auf dem Grundſtück neben dem Selenkeſchen Institute allein, oder mit dem Stadtgerichtsgebäude vereint zu ſtehen kommen, noch in dieſem Jahre vorgeſchritten werden kann. Ich überlaſſe Ihnen, dazu Einleitungen zu treffen etc.
Berlin, den 26. März 1844.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Staats- und Juſtiz-Miniſter Mühler.“

Auf erfolgten Vortrag dieſer königl. Kabinettsordre wurde von der Stadtverordneten-Verſammlung beſchloſſen,

die Genehmigung zur Erbauung einer Brücke über den Stadtgraben am Ausgange der Graupen-Gasse zu geben, ſobald das Erforderniß feſtgeſtellt worden ſein wird.

Tagesgeſchichte.

Breslau. Der kath. Pfarrer Maximilian Maibach zu Konradswalde iſt zum Schul-Inſpector des erſten Bezirks des Habelſchwerdter Kreiſes ernannt, und dem bisherigen Schullehrer in Herzogswalde, Franz Bürgel, die kath. Küſter-, Organiſten- und Schullehrerſtelle in Hermannsdorf, Breslauer Kreiſes, verliehen worden. Der Schulamts-Candidat Guſtav Krauſe iſt zum evangel. Schullehrer in Kraſchen, Wartenberger Kreiſes, befördert worden. Die auf 6 Jahre wieder ge- wählten unbefoldeten Rathmänner, Stellmachermeiſter Anton Kuppe zu Kanth, Müllermeiſter Wolff zu Steinau, und der Poſt-Erpediteur Ditto Gutke in Sulau ſind landesherrlich beſtätigt worden. Die Haus- beſitzer zu Hundsfeld, der Gaſtwirth und Fleiſchermeiſter Moriz Mai und der Kürſchnermeiſter Traugott Bur- giſch ſind gleichfalls auf 6 Jahre zu Rathmännern er- wählt und landesherrlich beſtätigt.

Die in Reichenbach verſtorbene verw. Frau Medizinal-Asseſſor Hausleutner hat der dortigen evangel. Kirchenkaſſe zur Inſtandhaltung ihrer Gruft 200 Rthlr. und zur Anſchaffung von Schulbüchern für arme Kin- der 100 Rthlr. legirt. Die zu Dels verſtorbene Do- rothea Zeiſberg, vorher verwittwet geweseene Groß, hat der Curial-Kirche daſelbſt zu einer Requiem-Fun- dation 200 Rthlr. und der daſigen katholiſchen Schule 100 Rthlr. mit der Beſtimmung ausgeſetzt, daß nach dem Tode der verehelichten Ditto die Zinſen auf Bekleidung armer Schulkinder verwendet werden ſollen. Der Lederfabrikant und Stadälteſte Johann Ernſt Bernhardt zu Dels hat der ſtädtiſchen Armenkaſſe 100 Rthlr. vermacht.

* Breslau, 24. April. — Geſtern Abend nach 9 Uhr trafen J. J. H. H. der Großfürſt Thronfolger von Ruſland und Gemahlin, von Liegnitz kommend, hier ein und ſetzten nach erfolgtem Umſpannen höchſt ihre Reife ohne Aufenthalt fort.

Breslau, 24. April. — Dem Vernehmen nach hat ſich ein vierter Bewerber um die Erlaubniß, Bres- lau mit Gas zu beleuchten, gemeldet: Graf Renard, der ſich erboten haben ſoll, die Beleuchtung allein zu übernehmen und gehörige Sicherheit zu ſtellen.

Harmlos!

Breslau, 24. April. — In No. 95 der Bresl. Ztg. laſſen ſich die Klagen eines harmloſen Zu- ſchauer's vernehmen, welcher bei dem am 20ſten d. M. ſtattgehabten Feuer Uergerniß daran genommen, daß einige Seinesgleichen mit Waſſer überſchüttet und von den Polizei-Beamten nicht vor ſolchen „Anſichten“ ge- ſchützt worden ſind.

Er nennt die Reihe der Waſſerreicher tobende und muthwillige Buben und bringt zum Schluß den Vor- ſchlag, daß nur „anſtändige Perſonen“ das Waſſerreichen bei vorkommendem Feuer übernehmen möchten.

Dem Antragſteller kann ich zu ſeiner Beruhigung verſichern, daß namentlich bei dem letzten Feuer, zu deſſen Schauplatz mich die Pflicht rief, die fleißige Reihe der Waſſerreicher aus anſtändigen, jedenfalls aber aus ſolchen Männern beſtanden hat, denen die Unter- drückung des Feuers mehr am Herzen lag, als ſich nach harmloſen Zuſchauern zu accommodate und daß ihnen hierfür das höchſte Lob gebührt.

Daß ſich der geſunde kräftige Sinn, der die Jugend belebt, mitunter auch erlaubt hat, einem harmloſen Zuſchauer die Eſcarpins zu benezen, iſt nicht zu hin- dern, da nur hierdurch die Harmloſigkeit des Zu- ſchauens einigermaßen verkleinert werden kann.

Die Polizei würde ſich großen Verantwortlichkeiten ausſetzen, wenn ſie ihre der Erhaltung der Ordnung zu widmende Fürſorge auf den Schutz der harmloſen Zuſchauer übertrüge; im Gegenſatz ſoll ſogar Be- dacht darauf genommen ſein, wie am kräftigſten dem Herandrängen der Neugier, des Müſſiggangs und der Harmloſigkeit entgegengearbeitet werden könne, und ich befinde mich wirklich in der Verſuchung, hierzu

die Thätigkeit einer beſonders anzuschaffenden Spritze in Vorſchlag zu bringen.

So viel ſteht jetzt ſchon feſt, daß der Feuer- und Hülfseruf der Bedrängten nicht an harmloſe Zu- ſchauer ergeht, und daß die Behörde es dem Gelichter dieſer Art Dank wiſſen wird, wenn es harmloſe zu Hause bliebe, während minder harmloſe Perſonen ihre Schuldigkeit erfüllen.

So viel zur Abwehr des in Bezug genommenen Artikels und der darin von dem harmloſen Zu- ſchauer gegen die Waſſerreicher gebrauchten Schimpf- worte.

Ich knüpfe hieran noch den Vorſchlag, daß 1) der erſte Feuerherr von einem Tambour begleitet ſei, auf deſſen Trommelwirbel ſich die Menge der Rettenden unbedingt lautlos verhalte, damit die Anordnungen des Feuerherrn gehört werden können; 2) daß die Absperrungsmaßregeln noch ſtrenger betrieben werden, und daß 3) diejenigen, die ſich zur Rettung von Mobilien ein- finden, beim Ausgange aus der Absperrungs-Chaine entweder recognoscirt oder dazu angehalten werden, das Gerettete innerhalb einer zweiten Chaine nieder- zulegen. Guillaume.

Gewerbliches.

Die Antwort der höchſten Behörde des Landes auf eine von dem hieſigen Schneidermittel eingereichte Im- mediatvorſtellung wegen Abhülfe des durch jüdiſche Con- kurrenz bewirkten Nothſtandes unter demſelben lautete dahin, daß vor dem Erſcheinen des neuen Gewerbe- Polizeiſes kein beſonderer Schutz Statt gegeben werden könne, weil dieſes gegen die beſtehenden Geſetze ſein würde. Der Schluß des Miniſterial-Reſcriptes d. d. Berlin, den 3. Auguſt 1843 verſprach ein baldi- ges Erſcheinen des fraglichen Geſetzes; ob ſeine Pu- blikation jetzt zu erwarten ſteht, iſt mir nicht bekannt. Unterdeſſen ſind die Kleiderhändler ihren alten Weg ge- gangen und haben nicht unterlaſſen, auch die Ehre der in ihren Schlingen gefangenen Meiſter anzutaſten, nach- dem ſie ſie an den Bettelſtab gebracht. Dieſer Vor- wurf trifft mehrere übermüthige Kleiderhändler hieſigen Ortes, die ihre Sklaven in den öffentlichen Verkaufsl- lokalen auf eine empörende Weiſe behandeln, ſich an ihnen vergeißen, ja ſie gewaltſam auf die Straße ſtoßen. Zum Beweiſe, wie groß die Sicherheit jener nur von der Arbeit ihrer Mitmenschen lebenden Spekulanten ſei, der Arbeit ihrer Mitmenschen lebenden Spekulanten ſei, diene folgendes Beiſpiel. In einem vielfach von Per- ſonen der verſchiedenſten Stände beſuchten Orte hie- ſelbſt kam der jugendliche Beſitzer einer ſogenannten Herrenkleider-Verfertigungsanſtalt in Geſellſchaft ſeines erſten Geſellen im lauten Geſpräch darauf, daß ſie es noch dahin bringen wollten, einige im Ruſe ſtehende, von ihnen genannte Meiſter arbeitslos zu machen, ſo wie es überhaupt dahin kommen müſſe, daß ſämmtlichen Meiſtern daſſelbe begegne. Darf das Treiben jener Spekulanten noch lange ſo fortgehen, dann möchten dieſe Drohungen leicht wahr werden. Aber nicht bloß den hieſigen Meiſtern, ſondern auch denen in den Pro- vinzialſtädten erwächſt durch öfteres Umherreiſen, trotz der bekanntſten polizeilichen Verordnungen gegen un- fugten Hausirhandel, ſehr fühlbarer Nachtheil, da die Kleiderverfertigungsanſtalt-Befitzer vorzüglich das flache Land nach allen Richtungen durchkreuzen laſſen. Den- noch denke ich, daß es noch ein Mittel giebt, auch ohne das verheißenene Gewerbegeſetz einige Abhilfe der ſchreiend- ſten Noth zu erzielen. Bekanntlich iſt jeder Meiſter verpflichtet, ſeinen Geſellen das einmal feſtgeſetzte Tages- Wochen- oder Stücklohn unverkürzt zu zahlen; ſollte ſich ein Meiſter herausnehmen wollen, das allgemein geltende Lohn willkürlich zu verkürzen, ſo würde die volle Zahlung auf dem Wege der Klage alſobald zu erreichen ſein. Somit iſt für die Exiſtenz des Geſellen auf dem Wege der Ordnung und des Geſetzes geſorgt; ſollte der- ſelbe Schutz nicht auch Bürgern und Familienvätern zu Theil werden können? Feſtſtellung des Lohnes dieſer armen Arbeiter auf die Höhe, wie es den Ge- ſellen von ihren Meiſtern gezahlt wird: dieſes iſt der einzige Weg zur einſtweiligen Abhilfe der großen Noth, denn nach den willkürlichen, mit Hilfe des Hangers annehmbar gemachten Bezahlungen der meiſten Kleider- händler verdient der fleißige Arbeiter täglich nur 8 Gr.; der Geſelle erhält bei derſelben Arbeit von ſeinem Mei-

Ergebenste Bitte und Anzeige.

An meine geehrten Herrn Correspondenten ergeht hiermit abermals die bringende Bitte, ihre an mich zu richtenden Briefe nicht nach Hertwigswalde oder Heinrichau senden zu wollen, indem ich an diesen Orten nicht, vielmehr anjest hier in Baumgarten wohne und ganz domicilire.

Zu gleicher Zeit erlaube ich mir, den öfters hieselbst eingehenden Anfragen: „ob Grassaamen bei mir zu erhalten?“ dadurch mit einem Male zu begreifen, indem ich hierdurch ergebenst anzeige, daß meine Grassaamen-Niederlage hieselbst so eingerichtet, daß ich das ganze Jahr hindurch jeder Anforderung nach Grassaamen ein Genüge zu leisten vermag.

Baumgarten bei Frankenstein, den 14. April 1844.
Plathner, Domainen-Director.

Bekanntmachung.

Da die von dem verstorbenen Kreissekretair Herrn Krause für hiesigen Kreis früher besorgten Agentur-Geschäfte der

neuen Berliner Hagel-Assekuranz-Gesellschaft

mir übertragen und ich von Einer Königl. Hochpreidlichen Regierung als Agent bestätigt worden bin, empfehle ich mich dem geehrten landwirthschaftlichen Publikum zu jeder Zeit bereitwilligen Entgegennahme von Versicherungs-Anträgen.

Neumarkt, im April 1844.
C. L. Steinberg, Kaufmann.

Etablissemments-Anzeige.

Unter heutigem Tage eröffnen wir am hiesigen Orte außer unserem **Engros-Geschäft**, Carlstraße No. 38, noch ein

Detail-Verkauf von Glacé-Handschuhen

eigener Fabrik, **Schweidnitzer Straße und Carlstraßen-Ecke No. 1**, und versichern bei dauerhafter, feiner Waare die billigsten Preise. Breslau den 25. April 1844.

J. Huldshinsky & Comp.

Offerte.

In einer größeren, schön gelegenen und sehr belebten Provinzialstadt ist eine gut und schön eingerichtete, best gelegene Spezerei, Tabak- und Waaren-Handlung, mit allen dazu nöthigen Utensilien und Waaren-Lager, unter sehr annehmbaren und soliden Bedingungen sogleich zu übernehmen.

Näheres hierüber ertheilt der Waaren-Sensal **Wittner**, Gerberstraße No. 14 in Breslau. Auswärtige schriftliche Anfragen hierüber werden franco erbeten.

Preßdachziegel und alle Arten Mauerziegel sind zu beziehen aus den Ziegeleien Ruppertsdorf, Schosnig und Romberg.

Allen denen, welche von diesem Fabrikat Gebrauch machen wollen, diene hiermit zur Nachricht, daß das Tausend Preßdachziegel in den 3 Ziegeleien in loco für 10 Rtl.; franco Breslau in dem Ober- und Niederschlesischen Bahnhofe 12 Rtl.; 1000 Rinker in den beiden letzt genannten Ziegeleien, in loco 12 Rtl.; franco Breslau, im Niederschlesischen Bahnhofe 15 Rtl.; 1000 Mauerziegel in den 3 Ziegeleien, in loco 8 Rtl.; franco Breslau in beiden Bahnhofen 12 Rtl. zu feststehenden Preisen zu beziehen sind.

Sommersprossenwasser.

(Eau de lentilles)

nach Vorschrift des Geh. Rath Dr. Hermbstädt.

Dieses, aus keinen auf die Haut schädlich einwirkenden reizenden Theilen bestehende, sondern nur die dem Zwecke entsprechendsten vegetabilischen Stoffe enthaltende Feintwasser vertreibt sichtlich die Sommersprossen und alle dergleichen Mängel des Teints, und dient als Präservativ gegen dieselbe, das schönste Gesicht unbedingte verunstaltenden Hautflecken.

à Fl. 5 Sgr., 10 Sgr., 20 Sgr. und 1 Rthlr. mit Gebrauchs-Anweisung.

Eduard Groß,

am Neumarkt No. 38, erste Etage.

Steinkohlen-Theer, in 1/2, 1/3, 1/4, 1/5 Tonnen, Engl. Steinkohlen-Pech, tonnen- und centnerweise, und

Braunrothen Steinkohlen-Theer,

eine dauerhafte Farbe zu Gartenumzäunungen und Sommerhäuser, offerirt billigst: **J. G. Egler**, Schmiedebrücke No. 49.

Italienische und Brüsseler Strohhüte

in den verschiedenartigsten Geflechden, so wie das Neueste in modernen seidnen Hüten, Hauben, Kragen, feinen Blumen zc. empfing und empfiehlt zu den billigsten Preisen **A. Storch**, am Ringe No. 43, neben der Raschmarkt-Apothek.

Saamen-Offerte.

Englisches Raigras, Timotheegras, Honiggras, Sommer-Nips, (Harzer, reift sehr früh) **Leindotter**, offerirt billigst **Julius Monhaupt**, Saamen-Handlung, Albrechtsstraße No. 45. **Nothen und weißen KleeSaamen** offerirt billigst **S. Guttman** in Poln. Wartenberg.

Im Besitz der neuesten Pariser u. Wiener Modells,

empfehle ich mein Lager von Damenpuß-Waaren, in reicher Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Auguste Reich geb. Gumpert, Ring No. 57, erste Etage.

Louis Zülzer,

Schweidnitzer und Zunkerstraßen-Ecke, empfiehlt die billigsten Schnittwaaren, Futterzeuge und alle Sorten gewürkte Handschuhe.

Neue Feuer-Eimer werden am billigsten gefertigt bei dem Riemermeister **Schorr**, Dhlauer Straße No. 77.

Die Dominial-Kalbfrenerei offerirt Baulack à Schfl. zu 5 Sgr., und Ackerlack à Schfl. 4 Sgr. in bester Qualität. Neudeck, am 20. April 1844. **Spillmann**, Amtmann.

Frisch geräucherte Silber-Lachse

erhielt und offerirt **C. J. Bourgarde**, Dhlauer Straße No. 15.

Der Posten eines Kochs, blaue Hirsch, Dhlauer Straße, ist schon besetzt, dies den vielen Nachfragenden zum Bescheid.

Wanzen-Tinctur

zur augenblicklichen Ausrottung der Wanzen und ihrer Brut; ein in vielen öffentlichen Anstalten und Kasernen als untrüglich bekanntes Mittel, das Glas zu 10 Sgr. erhielt und empfiehlt **S. S. Schwarz**, Dhlauerstr. No. 21.

Himbeer-Syrup

in schönster Qualität empfiehlt **Sermann Hammer**.

Fürstengarten.

Heute Donnerstag den 25ten von Nachmittags 2 Uhr an, großes Garten-Concert.

Gesangs-Concert

heute Donnerstag den 25. April im Lokale zur Stadt Warschau, Schmiedebrücke, von **G. Eisenberg**, Sänger und Bauchtredner. Eintritt 1 Sgr.

Concert

von Orchester-Musik findet heute Donnerstag in der Restauration des Breslau-Schweidnitzer Freiburger Eisenbahnhofes statt. Das Honorar für Musik ist à Person 1 Sgr. Anfang 3 Uhr. **Müller**.

Heutigen Donnerstag, als den 25ten d. M., labet nach Rosenthal zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben nebst Abendbrod, wobei Concert-Musik stattfinden wird, ergebnst ein; **Kuhnt**, Gastwirth.

Bekanntmachung.

Ein Zieglemeister, welcher über die Fähigkeit seiner Qualifikation sich durch Atteste genügend auszuweisen vermag und 200 Rthl. Caution zu deponiren hat, findet unter annehmbaren Bedingungen sogleich ein Engagement zur Anfertigung von vorläufig 20,000 Stück Mauerziegel. Das Nähere ist zu erfahren entweder in Kreuzburg bei dem Unterzeichneten, oder in Lublin bei dem Königl. Bau-Condukteur **Ulser**. Kreuzburg den 18. April 1844. **Beckmann**, Königl. Bau-Inspektor.

Eine Jungfer oder auch eine sogenannte Nähstückerin, die ihren Dienst vollkommen versteht, und sowohl in Betreff ihrer Fähigkeiten, als in Erfüllung ihrer Pflichten, im höchsten Grade zuverlässig sein muß, und die auch gute Zeugnisse aus guten Häusern, über ihr Wohlverhalten beibringen kann, findet ein sehr gutes Unterkommen, und kann das Nähere erfahren: **Karlstraße No. 2** erste Etage.

Lehrlingen

auf Comptoir und anderen kaufmännischen Branchen können baldig Stellen nachgewiesen werden durch **Kron Friedländer**, neue Weltgasse No. 38.

Ein mit guten Zeugnissen versehenen, der polnischen Sprache ganz mächtiger Privat-Aktuar sucht ein baldiges Engagement. Nähere Auskunft hierüber ist **Schmiedebrücke No. 54**, im Gewölbe.

Eine namentlich in Hauben geübte Puhmacherin, so wie andere in diesem Fache geübte Demoißells finden dauernde Beschäftigung in der Handlung **Ring No. 51**.

Ein gestreiter Knabe rechtlicher Eltern, der die Handlung zu erlernen wünscht, kann sich melden **Zunkerstraße No. 34** rechts.

Für einen Wirthschaftschreiber ist sofort eine Stelle, nahe bei Breslau, offen. Meldungen im Comtoir von **S. Wiltsch**, Bischofsstraße No. 12.

Musik- und andere Stunden werden sofort angenommen. Von wem? Kann man täglich von 11 bis 1 Uhr Vormittags und 5 bis 6 Uhr Nachmittags, **Schuhbrücke No. 46**, zwei Stiegen hoch, erfahren.

Es hat sich eine Hühnerhündin, weiß, mit braunen Behängen, zu mir gefunden. Der rechtmäßige Eigenthümer kann sich diesebe gegen Erstattung der Insertions- und Futterkosten bei mir abholen. **Gürtwig** bei **Prausny** den 19. April 1844. **Vorenz**, Handelsgärtner.

Ein schwarzer Windhund hat sich Neumarkt No. 30 eingefunden. Der Eigenthümer kann denselben gegen Erstattung der Insertionsgebühren und Futterkosten bei **S. Wagner** daselbst in Empfang nehmen.

Wollzettel verleihen verkaufen und lassen auf Bestellung anfertigen **Hübner & Sohn**, Ring No. 40.

Ein Quartier, zu Johanni zu beziehen,

bestehend in 5 großen Stuben, 2 Cabinets, Küche und Nebengelass. Das Nähere **Albrechts-Straße No. 14**, im Comptoir. Auf meiner Besingung in Groß-Mochern, eine Meile von hier, an der Chaussee belegen, ist die erste Etage von 5 Piecen nebst Zubehör und Stallung, entweder im Ganzen oder auch getheilt, nebst Benutzung des Gartens zu vermieten und sofort zu beziehen. Das Nähere **Carlstraße No. 45**, bei **S. Silbertstein**.

Eine freundliche Wohnung von Stuben, Alkove und großer lichter Küche, alles frisch gemalt, nebst Beigelass, ist im 3ten Stock vornheraus, **Albrechtsstraße** in Stadt Rom, Verhältnißhalber sogleich zu vermieten und diese Johanni zu beziehen. Das Nähere im 3ten Stock daselbst.

Neublirte Zimmer sind auf Tage, Wochen und Monate **Albrechtsstraße No. 17**, Stadt Rom, im ersten Stock zu vermieten.

Zu vermieten ein freundliches Stübchen im 3ten Stock und bald zu beziehen **Hummerstraße No. 56**, nahe an der **Schweidnitzer Straße**.

Zu vermieten und zu Johanni a. c. zu beziehen, ist am Ringe in der 4ten Etage eine, in 2 Stuben nebst Beigelass bestehende Wohnung. Das Nähere zu erfragen bei dem Commissionaire **Berger**, Bischofsstraße No. 7.

Ein Gewölbe am Ringe, freundlich und gut gelegen, ist zu vermieten **Nicolaistraße No. 70**, 1 Stiege vorn heraus.

Zu vermieten und Johanni zu beziehen **Werderstraße No. 37** der 2te Stock oder das Parterre.

Ungekommene Fremde.

In der gold. Gans: Hr. Graf von Müllern, Kammerherr, von Pfaffenborn; Hr. Graf Adam Surowski, aus Polen; Hr. Graf v. Grosch, von Polnisch-Kessel; Hr. v. Dallwig, Kammerherr, von Leipe; Hr. v. Ribben, Major, von Rutschewitz; Hr. v. Dreski, Rittmeister, von Schammendorf; Geheimrathin Disbawen, von Ober-Peilaus; Hr. Peters, Kaufmann, von Berlin. — Im Hotel de Silésie: Hr. Graf v. Pfeil, von Elguth; Hr. v. Dannenberg, Rittmeister, von Nimptsch; Hr. Baswig, Kaufm., von Frankfurt a. D.; Hr. Scholz, Kaufm., von Constadt; Hr. Reichardt, Kaufm., von Magdeburg; Hr. Dreiwis, Bau-Condukteur, von Peilaus. — Im weißen Adler: Herr v. Bojanowski, Partikulier, a. d. G. P. Posen; Baronin v. Rothkirch, von Liegnitz; Hr. Graf v. Dyhern, von Neesewitz; Herr Hamburg, Gutsbes., von Mainz; Hr. Wich, Amtsrath, von Petersdorf; Hr. v. Rosenberg-Lipinski, Landschafts-Direktor, von Gut-wohne; Hr. v. Wille, Landesältester, von Pochkirch; Hr. Friedländer, Bankier, von Beuthen; Hr. Weit, Ingenieur, aus America; Hr. Longridge, Ingenieur, aus England. — In den 3 Bergen: Hr. Bergmann, Kaufm., von Berlin. — Im goldenen Schwerdt: Hr. Daugenberg, Kaufm., von Verviers; Hr. Kessler, Handlungs-Direktor, von Ratibor. — Im blauen Hirsch: Hr. v. Taubadel, Landrath, von Roschkowitz; Hr. Baron v. Reisewitz, Landschafts-Direktor, von Bendrin; Gräfin v. Pfeil, von Dirschdorf; Hr. Baron v. Reisewitz, Justizrath, von Ratibor; Hr. v. Szermanowski, Oberstlieutenant, von Posen; Frau Kaufm. Friedländer, von Ples; Frau Kaufm. Baum, von Wilsitz. — Im deutschen Haus: Herr von Berg, Premier-Lieutenant, von Glog; Herr Czwinski, Stubiosus, von Bromberg; Frau v. Brodnicka, von Wilkowo. — Im 2 gold. Löwen: Hr. Krüger, Kaufmann, von Krotoschin; Hr. Friedländer, Kaufmann, von Dppeln. — Im weißen Ross: Herr Heinrich, Kaufm., von Trach. — Im gold. Baum: Hr. Gernisch, Handlungs-Reisender, von Berlin. — Im Privat-Vogel: Hr. Jäckel, Landschafts-Calculator, von Frankenstein, Schmiedebrücke No. 61; Hr. Raumann, Landschafts-Rendant, von Delis; Hr. Weisfelder, Landschafts-Rendant, von Jauer, bei Albrechtsstraße No. 17; Hr. Krautwälder, Maler, von Schlawe, Katharinenstr. No. 12; Hr. Morgenbesser, Pastor, von Marsdorf, Herrentstraße No. 21.

Universitäts-Sternwarte.

1844.	Barometer.	Thermometer.			Wind.		Luftkreis.
		inneres.	äußeres	feuchtes niedriger.	Richtung.	St.	
23. April.	3.	ℓ					
Morgens 6 Uhr.	27°10 64	+ 9,0	+ 6,0	1,4	⊙	4	Febergewollt überwölkt
9 "	10 38	+ 9,6	+ 8,2	1,6	⊙	2	
Mittags 12 "	10 30	+ 10,6	+ 10,8	2,5	⊙	39	
Nachm. 3 "	10 32	+ 11,0	+ 11,0	3,8	⊙	54	hat heiterer
Abends 9 "	11,12	+ 8,8	+ 6,0	0,8	⊙	62	heiter

Temperatur-Minimum + 6,0

Maximum + 11,0

der Ober + 9,0